

Zug

Kampf ums Geld

Wie andere Tiefsteuerkantone leidet auch Zug unter einem strukturellen Defizit. Um es zu reduzieren, nimmt die Regierung die Einnahmenseite ins Visier – und scheitert ein ums andere Mal.

Von Manuela Talenta

Die finanzielle Situation des eigentlich reichen Kantons Zug ist alles andere als rosig. Jahr für Jahr ist das Budget rot. Auch das diesjährige bildet keine Ausnahme. Zwar rechnet es mit einer schwarzen Null respektive einem Mini-Plus von 1,7 Millionen Franken. Das liegt aber an einem Einmaleffekt, und zwar an einer Neuerung in den Buchführungsvorschriften. Er entlastet das Budget 2018 um 52,5 Millionen. Ohne diesen Effekt wird aus der schwarzen Null ein Defizit von 50,8 Millionen. Auch die Staatsrechnung 2017 ist negativ: Sie schloss mit einem Minus von 45,4 Millionen Franken ab.

Jedes Jahr reisst der nationale Finanzausgleich (NFA) ein Loch ins Portemonnaie. Letztes Jahr zahlte Zug 341 Millionen Franken in den Topf, heuer werden es 311 Millionen sein und nächstes Jahr voraussichtlich 329,5 Millionen. Kein Wunder, sorgt das Solidaritätswerk immer wieder für rote Köpfe in Zug. Dennoch ist Finanzdirektor Heinz Tännler überzeugt, dass es notwendig ist. Ähnlich wie der Schwyzer Finanzchef Kaspar Michel sagt aber auch der Stadtzuger gegenüber der «Zuger Zeitung»: «Die Solidarität ist aus Sicht der Geber mittlerweile überstrapaziert.» Und so setzt auch er sich für die Reform ein, die für die Geberkantone eine Entlastung bringen soll (siehe Artikel «Schwyz: Fragiles Gleichgewicht» auf Seite 8). «Ohne Reform bezahlen wir 2024 428 Millionen ein, mit Reform 366 Millionen. Das ist ein substanzieller Unterschied.» Die Anpassung würde die grössten Sys-

temmängel beim NFA eliminieren. «Kommt sie nicht zustande, dann fahre ich mit dem Traktor nach Bern», droht der SVP-Politiker gar. Ob er ihn tatsächlich anwerfen muss, wird sich noch dieses Jahr zeigen, wenn der Reformvorschlag ins eidgenössische Parlament kommt.

Die Steuern steigen, aber es reicht trotzdem nicht

Doch trotz allem ist die Ausgangslage von Zug besser als jene anderer defizitärer Kantone. Man verfügt zum einen immer noch über ein stattliches Eigenkapital von 756,4 Millionen Franken, zum anderen wächst die Bevölkerung überdurchschnittlich. 2017 stieg sie um 1,2 Prozent oder um 1453 Personen auf insgesamt 125 401 Einwohner. Das ist schweizweit das höchste Wachstum. Kantonaler Spitzenreiter ist Cham, gefolgt von Risch und Steinhausen. Gemäss Szenarien des Bundesamts für Statistik (BFS) wird die Bevölkerung im kleinen Kanton auch weiterhin zunehmen. Das Referenzszenario geht von 141 300 Einwohnern im Jahr 2030 aus. All diese Menschen leisten ihren steuerlichen Obolus – es wird von Jahr zu Jahr mehr. Wie die «Zuger Zeitung» schreibt, sollen die Erträge bei den natürlichen Personen dieses Jahr um 31,6 Millionen Franken steigen, bei den juristischen Personen um 9,5 Millionen. Alles in allem dürften die Steuern 685,1 Millionen einbringen. Die Einnahmen sind denn auch massgeblich dafür verantwortlich, dass die Staatsrechnung besser

abgeschlossen hat. Gerechnet hatte man nämlich mit einem Minus von 117 Millionen Franken. Im Rechnungsjahr haben natürliche Personen 19,8 Millionen mehr abgeliefert. Doch das reicht nicht aus, zu tief ist der kantonale Einheitsatz. Er soll deshalb angehoben werden. In der Budgetdebatte von letztem November im Kantonsrat beantragte die SP eine Erhöhung von 82 auf 86 Prozent – und scheiterte grandios.

Auch der Regierungsrat will mehr Steuereinnahmen und hat die Erhöhung deshalb ins Sparpaket «Finanzen 19» aufgenommen. Diese erste Steuererhöhung seit 1973 würde rund 50 Millionen in die Staatskasse spülen. «Natürlich zahlt niemand gerne höhere Steuern. Wir haben jedoch keine Wahl», so der Finanzdirektor. Die Regierung sei der Meinung, dass das strukturelle Defizit nicht allein mit Sparen eliminiert werden könne. Das Sparpaket beinhaltet ausserdem rund 400 Massnahmen, die den Kantonshaushalt um 62 Millionen Franken entlasten sollen. 42 Millionen kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz umsetzen, bei den Steuern und 41 Massnahmen braucht es eine Gesetzesänderung.

Eine Steuererhöhung mit Ablaufdatum

Die Stellungnahme der Kantonsratsparteien zum Sparpaket fiel nach der Vernehmlassung im Februar insbesondere bei der unliebsamen Steuererhöhung vernichtend aus. Wie die «Zuger Zeitung» schreibt, lehnt die SVP eine solche «ganz

klar» ab. Die Schiefelage in den Kantonsfinanzen sei nicht wegen einer schlechten Führung der Finanzen entstanden. Sie sei der «unsäglichen Umverteilung mittels des für Zug katastrophalen NFA» geschuldet. Die FDP stört es, dass der «obere Mittelstand» übermässig belastet würde. Es seien gerade diese «guten Steuerzahler», die durch «Finanzen 19» einmal mehr «am stärksten betroffen» seien. Demgegenüber sei der Mittelstand bei früheren Steuerensenkungen «stark entlastet» worden. Einzig die SP und die ALG (Alternative die Grünen) unterstützen die vom Regierungsrat vorgeschlagene Steuererhöhung. Sie hätte schon vor Jahren kommen sollen. Vor allem die ALG ist erfreut, «dass die Regierung endlich einsieht, dass auch auf der Einnahmenseite etwas gemacht werden muss».

Der Regierungsrat zog Konsequenzen aus den Vernehmlassungsantworten und machte aus der dauerhaften Steuererhöhung eine mit Ablaufdatum. Konkret soll sie nur für 2020 und 2021 eingeführt werden. Danach will man prüfen, ob der Steuerfuss konstant erhöht bleiben muss, oder ob darauf ganz oder teilweise verzichtet werden kann. «Bis dann dürfte absehbar sein, ob und in welcher Grössenordnung von einer nachhaltig ausgeglichenen Kantonsrechnung durch gestiegene Steuererträge ausgegangen werden kann», wie der Finanzdirektor gegenüber der «Zuger Zeitung» erklärte. Auch auf die vorgeschlagene Erhöhung des Einkommenssteuertarifs für Gutverdienende will die Regierung nun verzich-

ten. Ob er dem Kantonsrat damit genügend entgegenkommt, wird sich demnächst zeigen. Die erste Lesung ist für den Spätsommer traktandiert. Der Finanzdirektor fand in einem Interview der «Zuger Zeitung» zum Sparpaket deutliche Worte an die Adresse der Parteien: «Man muss sich schon manchmal die Frage stellen, wen die Parteien vertreten. Das Volk ist nämlich meist nicht so ideologisch unterwegs.» Er habe durchaus Verständnis für die Sichtweise der Parteien. Aber man müsse aufpassen, dass man sich in dieser Optik nicht verliere und so Lösungen blockiere. Es schein, als seien gewisse Parteien an einer Gesamtlösung wenig interessiert. «Ich vergleiche die Finanzpolitik gerne mit der minimal-invasiven Chirurgie: Mit frühzeitig ausgeführten kleinen, gezielten Eingriffen vermeiden wir die viel riskantere Operation am offenen Herzen. Die bereits umgesetzten Sparpakete und «Finanzen 19» sind für mich minimal-invasive Finanzchirurgie.»

Das Planungs- und Baugesetz wird zu Grabe getragen

Mit seiner Kritik an den Parteien liegt Tännler möglicherweise gar nicht so falsch. Denn auch bei einem anderen Projekt bewirtschaften sie offenbar ihr eigenes Gärtlein, und zwar bei der Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG). Dieses muss wegen dem neuen Raumplanungsgesetz in jedem Kanton geändert werden, und zwar bis spätestens 1. Mai 2019. Geschieht dies nicht, sind jegliche Neu- oder Umzonungen

ab diesem Datum nicht mehr möglich, und zwar bis das Bundesrecht umgesetzt ist. Gestritten wird – nicht nur im Kanton Zug – vor allem um die Mehrwertabgabe von mindestens 20 Prozent, wenn neu eingezontes Bauland überbaut oder verkauft wird. In seinem Entwurf, den er Anfang Jahr dem Kantonsrat vorlegte, ging der Regierungsrat ganz bewusst über die Bundesvorschriften hinaus, weil er auf Verdichtung setzt. Die Quittung aus dem Parlament war deutlich: Es beerdigte das PBG. Heini Schmid, Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, arbeitete am Gesetzesentwurf mit und war nach dem Kantonsratsentscheid geschockt. «Es ist unvorstellbar, was da passiert ist», sagte er gegenüber der «Zuger Zeitung». Jetzt beginne alles wieder auf Feld eins. «Am linken wie am rechten Rand sinkt die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen. Die Folge davon sind unheilvolle Allianzen. Ich habe in der Kommission versucht, einen Mittelweg zu finden. Dieses Vorhaben ist mit Glanz und Gloria gescheitert.» Auch Baudirektor Urs Hürlimann zeigte sich enttäuscht. Für einen zweiten Versuch sieht er ebenfalls Probleme auf sich zukommen: «Die SVP wird dem Gesetzeswerk nur zustimmen, wenn die Vorlage einzig und allein das vom Bund vorgegebene Minimum umsetzt. Das dürfte auch für die FDP gelten. Die linke Ratsseite hingegen wird sich mit diesem Minimalstandard nicht zufriedengeben.» Es ist also eine Quadratur des Kreises, die ausgearbeitet werden muss. Die Vernehmlassung dazu läuft derzeit. ■



Auf dem Surostoffi-Areal in Risch-Rotkreuz wird noch immer gebaut.